Der Mythos des türkischen Militärs bekommt beim Ergenekon-Prozess rund um Umsturzpläne Risse

Griff nach den Unantastbaren

■ Beim Ergenekon-Verfahren geht es um mehr als nur das Verhältnis zwischen Staat und Armee.
■ Politologin: „EU muss Wertewandel unterstützen."

Istanbul. (czar) Ein paar Mal im Jahr wiederholt sich das Szenario. Die Autobus-Bahnhöfe sind völlig verstopft, auf den Zufahrtsstraßen geht es nur im Schrittempo voran. Die Autos sind mit türkischen Fahnen geschmückt, aus dem Wageninneren dringen Gesänge. Auf dem Parkplatz für die Busse drängen sich Mütter und Väter, Brüder und Cousins, Verlobte und Schulfreunde.

Sie begleiten die jungen Männer, die an ein paar Tagen im Jahr zum Heer eingezogen werden. Manche Angehörige haben ein Instrument mitgebracht, manche bengalische Feuer. Eine Trommel gibt den Takt vor, zu dem die Menschen wie bei einem Volksfest einen Kreis bilden und tanzen. Immer wieder ist dazwischen eine Parole zu hören: „Der Soldat geht, und er kehrt zurück." All das soll den Männern den Abschied erleichtern, sie mit Stolz erfüllen, dem Vaterland dienen zu dürfen. Davon hört so mancher schon im Kindergarten.

Der Stellenwert der Armee in der Türkei ist ein hoher; jahrzehntelang gehörte das Militär zu den meistrespektierten Institutionen des Landes. Es ist Teil des Staatsmythos' – aber auch der Realität. Es waren Militärs, die die moderne Republik unter Mustafa Kemal Atatürk mitbegründet haben. Und sie griffen mit Putschen in das politische Geschehen ein.

Doch der Mythos bekommt Risse. Bei einer groß angelegten Aktion hat die Polizei dutzende Militärs festgenommen, darunter den ehemaligen Luftwaffenchef Ibrahim Firtina und Ex-Marinekommandant Özden Örnek. Ihnen wird Mitwirkung an einem Plan vorgeworfen, mit Anschlägen und politischen Morden ein Chaos herbeiführen zu wollen. Das sieben Jahre alte Szenario zum Umsturz der Regierungspartei AKP mit ihren islamischen Wurzeln sah unter anderem vor, Bombenanschläge auf Moscheen zu verüben und ein türkisches Militärflugzeug abzuschießen. Als Reaktion darauf hätten tausende mutmaßliche Staatsfeinde interniert werden können. Die Istanbuler Staatsanwaltschaft hat am gestrigen Dienstag mit der Vernehmung von rund 50 aktiven und pensionierten Militärangehörigen begonnen.

Mit dem Konterfei Atatürks protestierten zu Beginn des Ergenekon-Prozesses tausende Menschen gegen das Verfahren. Unter den Verhafteten, denen die Unterstützung von Umsturzplänen vorgeworfen wird, befanden sich nicht nur Militärs, sondern auch Universitätsprofessoren und Journalisten. Foto: epa/Bozoglu

Putschpläne und Verhaftungswellen

Es war nicht der erste Putschplan, der in den vergangenen Jahren an die Öffentlichkeit drang – und auch nicht die erste Verhaftungswelle. Seit eineinhalb Jahren läuft der Ergenekon-Prozess, der Einblicke in den tiefen Staat gibt, ein kriminelles Netzwerk zwischen Militärs, Geheimdiensten und Politikern (siehe Kasten).

Doch die Festnahmen hochrangiger Armeeleute machen eines deutlich: „Es wurde Hand angelegt an die Unantastbaren", wie es die Politikwissenschafterin Zeynep Sarlak im Gespräch mit der „Wiener Zeitung" formuliert. Auch wenn nicht klar sei, in welche Richtung sich der Ergenekon-Prozess entwickle, sei er ein großer Schritt für die Türkei. Dabei gehe es nicht nur darum, den Einfluss des Militärs auf die Politik einzudämmen – was auch von der Europäischen Union gefordert wird. Im besten Falle werde die Mentalität weiter Teile der Gesellschaft geändert.

„Die Institution Militär hatte noch vor fünfzehn Jahren überall Einfluss", erklärt Sarlak. „Ihre Denkmuster waren in vielen Bereichen der Gesellschaft zu finden – auch indem etwa bei Menschen Angst geschürt wurde vor Fremden, Einwanderern aus dem Osten oder Islamisten."

Ruf nach einer zivilen Verfassung

Diesen Geist atmet auch die derzeitige türkische Verfassung, die nach einem Militärputsch erarbeitet wurde und deren Änderung die AKP versprochen hat. Doch auch die EU ist laut der Politologin gefragt. Wenn die Union den Wertewandel nicht unterstützt, verlieren die Menschen die Hoffnung.

Verena Knaus sieht dies ähnlich. Beim Ergenekon-Prozess und den damit verbundenen Debatten um die Macht der Armee geht es um „das Kernstück der Europäisierung", sagt die Analystin des Think tanks European Stability Initiative. Wenn der Prozess in Richtung einer zivilen Verfassung und eines Systems führt, wo eine gewählte Regierung eindeutig die Kontrolle über das Militär hat, würde dies die demokratischen Kräfte in der Türkei stärken – ebenso wie das Vertrauen der Menschen in die Demokratie generell. Wie die EU dies unterstützt, werde auch für die Union selbst entscheidend sein. Denn wie sich die Türkei entwickelt, kann den Europäern nicht egal sein. ■

■ Wissen: Der tiefe Staat

(gf) Der Unfall am 3. November 1996 in der westtürkischen Kreisstadt Susurluk hätte wohl nur chronikale Bedeutung gehabt, hätte ihn nicht die Zusammensetzung der Autobesatzung zum Politikum gemacht: In dem Wagen saßen der stellvertretende Polizeichef von Istanbul, ein bekanntes Mitglied der rechtsextremen Untergrundorganisation Graue Wölfe sowie dessen Frau und ein Parlamentsabgeordneter. Nie zuvor war die Verflechtung zwischen Sicherheitskräften, nationalistischen Parteien und Rechtsextremen, die in der Türkei unter dem Namen „tiefer Staat" bekannt ist, so deutlich geworden.

Diesen Staat im Staat habe es schon seit dem Osmanischen Reich gegeben, meinte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nach dem Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink, für den ebendiese Kräfte verantwortlich gemacht werden. Tatsächlich sehen sich Militär, Geheimdienste und Teil der Verwaltung als Erben des als Mythos verklärten Staatsgründers Kemal Atatürk, der Demokratie und Trennung von Religion und Staat mit starkem Nationalismus und Militär verband. Wenn sie die kemalistischen Ideale bedroht sahen, war ihnen jedes Mittel recht, um die Gefahr zu beseitigen. In den 70er-Jahren waren vor allem linke Gruppierungen und Gewerkschaften die Zielscheibe. Bis in die Gegenwart gelten den Kemalisten die jahrzehntelang unterdrückten Kurden als Feinde des Türkentums.

Generalstabschef Ilker Basbug hat bisher alle Vorwürfe gegen seine Untergebenen zurückgewiesen. Foto: epa

Nach dem Susurluk-Skandal erschien ein Untersuchungsbericht, laut dem damals Staatsorgane mit Hilfe der Grauen Wölfe Gewalt zwischen linken und rechten Gruppen provozierte, um die Voraussetzungen für den Militärputsch 1980 zu schaffen.

Ein ähnliches Szenario hat sich offenbar die Organisation „Ergenekon" vorgestellt, die als jüngste Ausgeburt des „tiefen Staates" gilt und die den politischen Islam in Form der regierenden AKP aufs Korn genommen hat. Sie soll versucht haben, das Land durch eine Welle von Gewalttaten ins Chaos zu stürzen und schließlich so einen Militärputsch zu provozieren. Auf ihren Todeslisten stand auch der Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk. ■

■ Analyse

Beim Machtkampf der Eliten ist Religion nur ein Vorwand

Von Martyna Czarnowska

Es waren keine vereinzelten Rufe, die Skepsis ausdrückten. Der seit fast eineinhalb Jahren laufende Ergenekon-Prozess hat immer wieder für massive Kritik gesorgt. Von einer Hetzjagd der islamisch geprägten regierenden AKP auf die Hüter des säkularen Systems war da die Rede, von einem politischen Verfahren. Dem Kabinett von Premier Recep Tayyip Erdogan gehe es gar nicht um eine Entflechtung von Staat und Militär sondern um die Bekämpfung seiner Feinde.

Doch die ideologischen Trennlinien in der Türkei verlaufen nicht so sauber entlang zweier Pole: hier die Kemalisten, die das Republikerbe Atatürks schützen, dort die versteckten Islamisten, die einen Gottesstaat errichten wollen. Religion muss dabei als Vorwand herhalten.

Denn nicht sie steht im Hintergrund dieses Machtkampfs. Es geht um Einfluss und Geld. Nach dem Wahlsieg der AKP wuchs eine neue gesellschaftliche Schicht zur Elite heran. Misstrauisch blickten die Kemalisten auf die gläubigen Geschäftsleute und Regierungsberater, deren Ehefrauen Kopftuch trugen und die es sich leisten konnten, ihre Töchter auf amerikanische Universitäten zu schicken.

Die alten Seilschaften wurden brüchig, die neuen Regierungsaufträge gingen an Leute aus dem Umfeld der AKP. Das Tauziehen begann.

Reflexartig wehrt die Oppositionspartei CHP – einst links, mittlerweile rechtskonservativ – jeden Vorschlag der Regierung zu Reformen ab, mögen diese auch noch so demokratisch scheinen. Atatürk und die Verteidigung seines Erbes sind dabei der zweite Vorwand. Nicht einmal als These will die CHP gelten lassen, dass es gerade die AKP sein könnte, die das Ideal des Republikgründers hochhält: die Modernisierung des Staates. ■

analyse@wienerzeitung.at